



Bericht



aus dem Land

www.werner-kalinka.de

Email- 100/2010
21. Mai 2010

Kommunal- und Landespolitik *aktuell*

Dichtigkeitsprüfungen/Abwasser: Immer wieder ist es bei Kommunen und Wohnungseigentümern in vergangener Zeit zu Irritationen gekommen. Dies ist verständlich. Deshalb haben wir inzwischen mehrfach das Thema erörtert, auch mit dem Ministerium. Dieses arbeitet am "Umsetzungskonzept", der Erlass ist in der Anhörung und soll Ende Juni in Kraft treten. Wir haben verabredet: Bis 2015 sind die Konzepte vorzulegen, um danach in die Umsetzung in abgestufter Form (z. B. erst Naturschutzgebiete, viel später Neubaugebiete) bis ca. 2030 zu gehen. Bestehende Prüfungen können selbstverständlich im vorgesehenen Rahmen von den Kommunen vorgenommen werden. **Der Zwang, wann es in die verpflichtende Umsetzung geht, soll aber deutlich gelockert werden.**

Hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte neu regeln: Die Innenpolitiker der Koalitionsfraktionen haben sich darauf verständigt, es künftig in das Ermessen der Kommunen zu geben, ob eine Gleichstellungsbeauftragte haupt- oder ehrenamtlich tätig ist. Werner Kalinka dazu am 20. Mai 2010 im Landtag: „Es wurden den Kommunen ständig neue Aufgaben aufgebürdet. Ihnen wurden Aufgaben aufgezwungen, die ebenso gut das Ehrenamt, engagierte Vereine oder Verbände wahrnehmen können. Es wird Geld für mehr als 100 Stellen ausgegeben, weil anstelle von ehrenamtlichen Strukturen Hauptamtliche tätig sind - etwa im Bereich der Gleichstellung oder in überzogenen Formen der Freistellung für die behördeninterne Mitbestimmung. Wenn wir also wissen wollen, wo viel Geld bleibt: Hier sollten wir hinsehen.“

GEZ-Neuregelung: Die Rundfunkgebühren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sollen neu geordnet werden. Die Fraktion der CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SSW verständigten sich im Laufe der Tagung auf folgende gemeinsame Position: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen der Beratungen der Ministerpräsidenten zur zukünftigen Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehens für ein **geräteunabhängiges System** einzusetzen. Die Anträge Drucksache 17/488, 17/548, 17/556 und 17/558 werden zur weiteren Beratung dem Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.“

„Kein Kind ohne Mahlzeit“ verlängern: Antrag der CDU- und FDP-Landtagsfraktionen in der Landtagssitzung 19. bis 21. Mai 2010: "Der Landtag begrüßt das Vorhaben der Landesregierung, das Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ über die ursprünglich vorgesehene Befristung zum Ende des Kitajahres 2009/2010 hinaus bis zum Jahresende zu verlängern. Der Landtag teilt die Auffassung, dass es einen nahtlosen Übergang der Maßnahme zu der Gewährung neu berechneter SGB II-Regelsätze für Kinder ab dem 01. Januar 2011 geben muss.“

Gastschulabkommen mit Hamburg weiter entwickeln: Der Landtag hat auf CDU- und FDP-Fraktionsantrag beschlossen: „Die Landesregierung wird gebeten, erneut in Verhandlungen mit der Freien und Hansestadt Hamburg zur Fortsetzung des Gastschulabkommens einzutreten. Dabei soll eine dauerhafte Regelung erreicht werden, die die schulpolitischen finanziellen Interessen des Landes Schleswig-Holstein wahrt.“

Weitere Themen im Landtag vom 19. bis 21. Mai 2010:

- Bericht zur Situation von Kindern und Jugendlichen bei Gefahren für ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohl (Drs. 17/538).
- Flächendeckende hausärztliche Versorgung sicherstellen (Drs. 17/443).
- Vorschläge der Landesregierung zur Finanzierung der 10 % für Bildung und Forschung bis 2015 (Drs. 17/451).